

Rheingauer Bote

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Rüdesheimer Zeitung Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 35 Btg. für die einpaltige Zeile, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig. Textzeile im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch. Druck und Verlag:
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 133.

Montag, den 15. November 1920.

44. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Nach einer neuen Regierungs-Polizei-Verordnung der Feld- und Forst-Polizei vom 14. 2. 1920 (Amtsblatt Nr. 10 S. 37) sind alle bisher erlassenen Vorschriften zusammen gefaßt. Insbesondere ist der § 4, Ziffer 2 der Verordnung vom 6. Mai 1882, Amtsblatt S. 153 betr. Baumpflanzungen vollständig in Wegfall gekommen.

Da insbesondere Zweifel darüber entstanden sind, welche Felddistrikte als vorzugsweise zur Obstzucht bestimmt anzusehen sind, (§ 33 Abs. 2 der Nassauischen Verordnung vom 19. 2. 1863) hat der Herr Regierungspräsident mit Zustimmung des Landwirtschaftsministeriums folgendes angeordnet:

Die Ortspolizeibehörde hat im Einverständnis mit der Gemeindevertretung und nötigenfalls nach Anhörung von Sachverständigen diese Distrikte für jeden Gemeindebezirk festzulegen. Dabei ist zu beachten, daß in jedem Fall die tatsächlich stattfindende Benutzungsweise maßgebend sein soll. Es kommt nicht darauf an, daß jedes einzelne Grundstück des Distriktes mit Obstbäumen bepflanzt ist, sondern, daß die Gesamtheit der Grundstücke des Distriktes vorzugsweise dem Obstbau dient.

Auf Grund der erlassenen Vorschriften hat der Magistrat beschlossen, nachgenannte Distrikte, welche vorzugsweise dem Obstbau dienen, als Obstbau-distrikte für die Gemarkung Rüdesheim festzulegen.

1. Distrikt Hochmayer,
2. Distrikt Ebenthal und
3. Distrikt Kleberg.

Indem wir die Distrikte hiermit veröffentlichen, weisen wir gleichzeitig darauf hin, daß gegen die Festlegung dieser Distrikte in der Zeit vom 15. November 1920 bis 29. November 1920 bei dem Magistrat Einspruch erhoben werden kann.

Rüdesheim, den 12. November 1920.

Die Ortspolizeibehörde: Neumann.

Die Frist für die endgültige Entfernung aller Grabdenkmäler auf dem gemäß unserer Bekanntmachung vom 7. September freizulegenden alten Friedhof an der Kaiser-, Peter- und Friedrichstraße dahier, wird letztmals bis zum 20. ds. Mts. ausgedehnt. Grabdenkmäler, Grabkreuze, Einfassungen usw., die bis dahin von Angehörigen der auf dem Friedhof bestatteten nicht abgeholt sind, werden durch die Stadtverwaltung beseitigt und verwertet. Ebenso wird alsdann die Umbettung aller Leichen bewerkstelligt, deren Angehörige eine Ueberführung bis zu diesem Termine nicht vorgenommen haben.

Rüdesheim, den 11. November 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Die Konferenz in Genf.

* Paris, 12. Nov. Die Note, welche Lengues dem Botschafter von Großbritannien am 11. November überreichte, besiegelt die Einigung zwischen der französischen und englischen Regierung über das Verfahren, das in der Wiedergutmachungsfrage einzuschlagen ist. Lengues schlägt den Geist der Verständigung hoch an, demzufolge die englische Regierung das von der französischen Regierung vorgeschlagene Verfahren gleichfalls billigt. Die Note setzt die verschiedenen Stufen der Durchberatung der Wiedergutmachungsfragen fest:

1. Konferenz in Brüssel, bei der die verbündeten Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen zusammenkommen. Die Sachverständigen werden ihren Regierungen Bericht erstatten, und das Protokoll der Sitzung wird der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt. 2. Eine Konferenz der verbündeten Minister wird in Genf nach der Volksabstimmung in Oberschlesien zusammengetreten, spätestens aber in der ersten Hälfte des Februar, um die Frage der Wiedergutmachung als Ganzes zu beraten. Die Deutschen werden an dieser Konferenz mit beratender Stimme teilnehmen,

wie in Spa. Die Teilnehmer dieser Konferenz in Genf werden ihren Regierungen Bericht erstatten und jede der Regierungen wird sodann ihrem Vertreter in dem Wiedergutmachungsausschuss Anweisungen geben über die Folgerungen, die seine Regierung aus dem Bericht ihres Vertreters bei der Konferenz in Genf gezogen hat. 3. Die Wiedergutmachungskommission wird sodann entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages an die Festlegung des Gesamtbetrages und der Zahlungsweise der von Deutschland geschuldeten Summen herangehen und wird den Mächten einen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erstatten. 4. Der Oberste Rat wird zusammentreten, um alle noch nötig erscheinenden Maßnahmen zu prüfen, wie Sicherungen und Strafmaßnahmen. Bei den gleichfalls noch beteiligten Regierungen werden Schritte unternommen werden, um ihre Zustimmung zu dem hier geschilderten Verfahren zu erlangen.

Erhöhung der Tarife.

* Berlin, 12. Nov. In der Frage der neuen Tarifierhöhungen auf den Reichseisenbahnen beginnt am 18. November eine Konferenz im Verkehrsministerium. Das Verkehrsministerium dringt auf schnelle Erledigung der Tariffrage, da das Eisenbahnnetz täglich anwächst und inzwischen neue Lohnbelastungen angefügt sind. Soweit die Verhandlungen im Schoße des Verkehrsministeriums annehmen lassen, kommt eine 50prozentige Erhöhung aller Tarife in Betracht.

Das Vierklassensystem

* Berlin, 13. Nov. Wie der Reichsverkehrsminister Gröner auf eine kleine Anfrage mitteilt, wird vorläufig an dem jetzigen Klassen-system der Eisenbahn festgehalten werden müssen, da die Einführung eines Zweiklassensystems mit erheblichen Mindereinnahmen verbunden sein würde.

Verbilligung des Schnellzugverkehrs

* Berlin, 11. Nov. Die Benutzung von Schnellzügen im Nahverkehr bis zu 75 Km. einschließlich ist zurzeit von der Bezahlung eines Mindestfahrpreises abhängig, der in der ersten Klasse 51 M., in der zweiten Klasse 30 M. und in der dritten Klasse 15 M. beträgt. Das Reichsverkehrsministerium hat jetzt diese Mindestfahrpreise mit Wirkung vom 1. Dezember aufgehoben.

Neue Forderungen.

Die Vertreter des Beamtenbundes haben gestern ihre Forderungen dem Reichspräsidenten und dem Reichsfinanzminister vorgebracht. Die Finanzminister der Länder, die zur Beratung des Besoldungssprengels im Reichsrat in Berlin versammelt waren, haben ihrerseits erklärt, daß sie der Ausdehnung der Forderungen des Beamtenbundes auf die Landesbeamten nicht zustimmen könnten, da die finanzielle Lage der Länder dies verbiete. Das Reichskabinett wird sich erst morgen mit den Forderungen der Beamten befassen. Reichsfinanzminister Dr. Birtz hat für seine Person es abgelehnt, sich zum Fürsprecher der Beamtenforderungen zu machen.

Reise und Verkehr.

* Berlin, 12. Nov. Die große Bedeutung, welche die Hebung des Reise- und Fremdenverkehrs für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben hat, veranlaßte den Verkehrsminister, eine Reisezentrale für deutsche Verkehrsbewerbung zu errichten. Die Zentralstelle, die ihren Sitz in Berlin hat, ist berufen, die Werbung für den deutschen Reiseverkehr, insbesondere im Auslande, vorzubereiten und durchzuführen, was unter den heutigen Verhältnissen nur mit großen Mitteln und durch Zusammenfassung aller am Verkehr interessierten Wirtschaftskreise erfolgreich geschehen kann. Sicherlich rechnet der Reichsverkehrsminister, wie er in einem dieser Tage an die führenden Kreise der deutschen Industrie, des Handels und des Verkehrs usw. ergangenen Schreiben ausdrückt, mit deren kräftiger Mitwirkung. Die Reichsverkehrsverwaltung selbst stellte der Reisezentrale für deutsche Verkehrsbewerbung Mittel zur Verfügung, so daß diese die Vorbereitungsarbeiten beginnen könnte.

* Berlin, 12. Nov. Bei der heutigen Einführung des neuen Berliner Magistrats durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Dr. Maier, demonstrierten die beiden Parteien der Rechten gegen Oberbürgermeister Vermuth, indem sie erst nach der Einführungsrede des Oberpräsidenten und nach der Erwiderung Vermuths im

Saal erschienen und ihre Plätze einnahmen. In seiner Erwiderung auf die Rede des Oberpräsidenten gab Vermuth seiner Genugthuung Ausdruck, daß es ihm, obwohl er die Altersgrenze überschritten, vergönnt sei, wenigstens noch am Beginn der kommunalen Neugestaltung Groß-Berlins mitzuwirken und betonte nachdrücklich, daß für ihn die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln stets ein ganz besonderer Reiz seiner Tätigkeit gewesen sei. In einer Ansprache, der es an scharf pointierten Ausdrücken nicht fehlte, begrüßte sodann Dr. Wehl namens der Stadtverordnetenversammlung den neuen Magistrat, der hoffentlich eine Ehre darin sehen werde, ein sozialistischer zu sein und zu heißen, für den die Sozialisierung kein bloßes Experiment bleiben dürfe, der ein Magistrat der Entbitten und Beladenen, der Armen und Minderbemittelten sein solle. Jede Nichtbeteiligung eines Stadtrats empfinde die Mehrheit der Versammlung als einen Schlag ins Gesicht der Selbstverwaltung. Sehr scharf verurteilte Dr. Wehl den wilden Streik der Elektrizitätsarbeiter.

Am Berlin, 11. Nov. Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen der großen Berliner Straßenbahn und den Vertrauensleuten der Straßenbahner, erklärten sich nach 10 Uhr abends die Straßenbahner bereits am Freitag wieder zu fahre. Da die Reinigung der Schienen und Weichen eine mehrstündige Tätigkeit erfordert, kann der Straßenbahnverkehr nur allmählich wieder aufgenommen werden. — In den Kommentaren der Blätter über die Beendigung der Streiks der Elektrizitätsarbeiter klingt es wie ein Aufatmen über die endliche Beilegung des Alts, der auf dem Berliner Wirtschaftsleben lastete. — Die „Tägliche Rundschau“ jollt der Reichsregierung Dank für ihr Einschreiten durch den Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten gegen den wilden Streik. Wenn der Regierung vorgeworfen werde, daß sie nicht früher nach dem Recht geheren habe, so verkenne man die Schwierigkeiten der verfassungsrechtlichen Lage. Sie habe die Rechte Preußens und der Selbstverwaltung sichern müssen. — Auch das „Berliner Tageblatt“ spricht dem Reichspräsidenten und dem Kabinett seinen Dank aus, daß sie den Terror einer kleinen Schicht von Arbeitern mit geistlich zulässigen Mitteln gebrochen haben. — Der „Vorwärts“ nimmt Oberbürgermeister Vermuth gegen die vielen Angriffe auf ihn in Schutz und sagt, er habe durchaus richtig gehandelt, wenn er den Gewaltakt der Spitz und Genossen nicht mit gleicher Münze beantwortete, solange noch eine Aussicht auf friedliche Beilegung bestand. — Die „Freiheit“ bezeichnet das Ende des Streiks als einen Mißerfolg der Arbeiter. Für die beteiligten Arbeiterkategorien sei nichts erreicht worden, was nicht auch ohne diesen Streik hätte erreicht werden können. Das Blatt verurteilt das hohle Vorgehen der Elektrizitätsarbeiter, da ihre Arbeitsüberlegung das Lebensinteresse eines großen Wirtschaftsbereiches mit einer Million Bevölkerung betroffen habe, die vorwiegend den arbeitenden Schichten angehört. Die Belegschaften lebenswichtiger Betriebe hätten sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse bewußt bleiben müssen. — Die streikenden Hilfskräfte, die dem Magistrat ein Ultimatum gestellt hatten, haben beschlossen, um die Finanzen der Stadt nicht unnötig zu beschweren, die zur Regelung des neuen Etats von weiteren Lohnforderungen absehen zu wollen. — Wie die Blätter mitteilen, sind während der fünfjährigen Pausen, die infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter in Berlin herrschte, für rund 1 1/2 Millionen Mark Waren der verschiedensten Art aus Wohnungen und Geschäftsräumen aller Stadtviertel gestohlen worden. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, kann die dritte Lesung der preussischen Verfassung voraussichtlich am 18. November noch nicht erfolgen, da infolge des Streiks die Druckmaschinen nicht fertiggestellt werden konnten. Der Termin der Neuwahlen werde dadurch aber nicht hinausgeschoben.

* London, 12. Nov. Das Unterhaus hat mit 188 gegen 52 Stimmen die irische Domesule-Bill in dritter Lesung angenommen. Die bei der dritten Lesung der Domesule-Bill gehaltenen Reden waren sehr gemäßig. Asquith trat dafür ein, daß eine wirkliche Grundlage für die Regelung gefunden werde. Lloyd George hob nachdrücklich hervor, daß die fundamentalen Bedingungen für die Gewährung von Domesule die Aufrechterhaltung der Integrität und die Verbürgung der strategischen Sicherheit des Vereinigten Königreichs seien. Desgleichen dürfe auf Ulster kein Zwang ausgeübt werden. Lloyd George trat unter Hinweis auf die angebliche Versöhnung zwischen Engländern und Deutschen 1918 für die Notwendigkeit völliger Kontrolle der irischen Häfen ein.

Reichskanzler Lehrenbach und Dr. Simons.

* Düsseldorf, 14. Nov. Im hiesigen Apollo Theater sprachen heute vor tausenden von Bürgern Düsseldorf aller Parteien die heute hier eingetroffenen Mitglieder der Reichsregierung, Reichskanzler Lehrenbach und Minister des Innern Dr. Simons. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Köttgen ergriff der Reichskanzler Lehrenbach, von lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. Der Reichskanzler wies zunächst daraufhin, daß in seiner süddeutschen Heimat und am Niederrhein der gleiche deutsche Geist herrsche. Gern wären er und der Minister des Innern früher hergekommen, aber Arbeit und Sorgen hätten die Reise bisher unmöglich gemacht. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß der Zweck der Reise in erster Linie sei, seitens der Reichsregierung Fühlung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung zu nehmen und aus der Aussprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Betätigung in der Regierung zu gewinnen. Der Redner betonte, daß auf der Herbstfahrt durch das Ruhrgebiet die Erinnerung an die schweren Ereignisse der Märztagel ihm vor Augen trat, daß er aber dessen gedacht habe, was das deutsche Volk von der Leistungsfähigkeit seines Industriezentrums erwartet. Düsseldorf sei durch den unglückseligen Krieg und die Härten des Friedensvertrages ganz besonders getroffen, da es von seiner westlichen Umgebung abgeschnitten sei. Ganz besonders habe die Stadt auch durch die Unruhen des Frühjahres gelitten, die sich im Anschluß an den unglückseligen Kapp-Putsch im Ruhrrevier ereignet. Der Reichskanzler richtete besondere Worte an die Arbeiterschaft und betonte das volle Verständnis der Reichsregierung mit deren Bestrebungen auf materiellem und ideellem Gebiet. Die deutsche Arbeiterschaft habe sich einen hervorragenden Platz im deutschen Wirtschaftsleben gesichert. Es gelte, ihn in ernster Arbeit auszubauen. Ueberleitend auf die Sozialisierungsfrage betonte der Reichskanzler, daß die gerade jetzt in der Reichshauptstadt zusammengetretene Kommission diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegenführe. Weiterhin gedachte der Redner der Beamten. Ohne ihre finanzielle Notlage zu verkennen, richte die Reichsregierung an sie die Aufforderung, immer auch an die Gesamtinteressen zu denken. Die Beamtenschaft werde, wie er hoffe, einverstanden sein, daß die Reichsregierung einen guten Ausgang der Gesamtinteressen als Ziel habe. An die Spaer-Reise erinnernd betonte der Reichskanzler, daß seit jenen Tagen merkliche Fortschritte in Deutschland zu verzeichnen seien. In erster Linie wies er auf die Erfüllung der Kohlenverpflichtungen und dankte den Bergarbeitern, die sich in dieser Sache in den Dienst des allgemeinen Vaterlandes gestellt hätten. Ihnen sei die Abwehr schwerer Gefahren zu verdanken. Der Reichskanzler erinnerte auch an die Forderungen der Entwaffnung und der Abrüstung, die ohne besondere Schwierigkeiten bisher durchgeführt worden seien. In Bezug auf die fortwährende Drohung unserer Gegner mit dem Einmarsch sagte er, daß unsere früheren Feinde diese Drohung doch wohl nicht so leicht in die Wirklichkeit umsetzen könnten, da der Untergang Deutschlands auch für sie verhängnisvoll werden müßte.

Außenminister Dr. Simons behandelte in eingehenden Darlegungen die Schwierigkeit unserer Lebensmittelversorgung, das Kohlenabkommen in Spa mit seiner katastrophalen Belastung des ganzen Wirtschaftslebens, berührte die kommenden Verhandlungen in Brüssel und Genf, für die wir gerüstet sind, und äußerte sich auch zur drohenden Befreiung des Ruhrgebietes und anderer Länderstriche am Rhein. Nach Streifung der Entwaffnungsfrage behandelte er noch innerpolitische Fragen. Wir hoffen, daß zu den außenpolitischen Friedensschlüssen auch der innerpolitische Friedensschluß kommt. Ich habe es lebhaft bedauert, daß in dieser so stattlichen Versammlung Teile der Düsseldorfer Bevölkerung fehlen, von denen ich überzeugt bin, daß manche von den Gedanken, die ich heute ausgesprochen habe, auch ihre Gedanken sind. (Sehr richtig!) Es ist die große Aufgabe Deutschlands in dieser schlimmsten Belastung, die es je erlebt hat, aus sich ein neues Beispiel ungebeugten Mutes, ungebeugter Schaffenskraft und immer neuer Gedankenkraft zu geben.

Die Dieselmotore.

* Berlin, 13. Nov. Die Votschasterkonferenz übermittelte dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris folgende vom französischen Ministerpräsidenten Lenglue unterzeichnete Note vom 10. November:

Durch Ihre Schreiben vom 19. 9. und vom 30. 10. haben Sie der Votschasterkonferenz den Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich der Entscheidung mitgeteilt, durch die die interalliierte Marinekontrollkommission die Verhinderung der Dieselmotore anordnete. Nachdem die Konferenz diese und die ihr von anderer Seite mitgeteilten Schriftstücke einer gründlichen Prüfung unterzogen hat, gelangte sie zu folgender Entscheidung:

Die von der Kontrollkommission angestellten Ermittlungen ergaben, daß, abgesehen von einem Vorrat von ungefähr 296 Unterseebootmotoren, deren Existenz der Marinekontrollkommission bekannt ist, die Zahl der Motoren dieses Typs, die zur industriellen Verwendung als Dieselmotore umgebaut wurden, unbedeutend ist. Diese Feststellung wird übrigens bestätigt durch die Ihrem Schreiben vom 30. Okt. beigefügte Denkschrift. Dort finden sich in der Tat nur 16 Fälle aufgeführt, in denen Dieselmotore für industrielle Zwecke eingesetzt wurden. Diese Zahlen bekräftigen die Votschasterkonferenz in der Ansicht, daß diese Motoren bei

Verwendung in der Industrie nicht wirtschaftlich arbeiten. Das rechtfertigt andererseits die Auffassung, daß Deutschland in Wirklichkeit nicht berechtigt ist, die Maschinen zur Verwendung in der Industrie in Anspruch zu nehmen. Allerdings fragt es sich, ob die Bestimmungen des Vertrages von Versailles grundsätzlich auf Unterseeboot-Dieselmotoren Anwendung finden. Die deutsche Regierung bestreitet dies. Die Votschasterkonferenz kann ihren Standpunkt jedoch nicht als begründet anerkennen. Die fraglichen Motoren sind auf Bestellung der deutschen Regierung zur Verwendung auf Unterseebooten hergestellt worden. Es kommt also nicht darauf an, daß diese Unterseeboote selbst nicht mehr gebaut wurden. Deshalb, weil die Motore bestellt und hergestellt wurden, um wesentliche Bestandteile einer Kriegsmaschine zu werden, fallen sie unter die Bestimmungen des Vertrages. Die alliierten Mächte vermögen auch nicht die von der deutschen Regierung ausgesprochene Ansicht zu teilen, wonach das Material, das einen wesentlichen Bestandteil des Kriegswerkzeuges bildet, den Bestimmungen des Art. 192 schon deshalb entzogen sein soll, weil es den Charakter einer Maschine hat. Die Konferenz ist vielmehr der Ansicht, daß, wenn es sich nicht bewenden läßt, daß diese Motoren tatsächlich ohne jede Veränderung in der Industrie verwendet werden, die Tatsache, daß eine große Zahl solcher Maschinen in gutem Zustande auf Lager gehalten wird, eine Verletzung des Vertrages von Versailles darstellt. Ihre Regierung versichert nun allerdings, daß es möglich ist, die Dieselmotoren wirtschaftlich auf auszunutzen. Die Votschasterkonferenz, die keineswegs den Wunsch hat, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen, will diese Versicherung gelten lassen, und ist daher bereit, die Maschinen bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu handels- oder gewerblichen Zwecken verwendet werden. Diese Entscheidung wird an die beiden folgenden Bedingungen geknüpft, die ich Ihnen namens der Konferenz mitzuteilen die Ehre habe: 1. Die deutsche Regierung trifft alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um der interalliierten Marinekontrollkommission spätestens bis 31. März 1921 einen Bericht übermitteln zu lassen, aus dem sich der Standort aller Unterseeboot-Dieselmotoren ergibt, die am Tage des Waffenstillstandes Unterseebooten zugeleitet oder für Unterseeboote bestimmt waren. Der Bericht muß angeben, welche Motoren in industriellen Betrieben verwendet werden und welche nicht in den Dienst gestellt wurden. 2. Die deutsche Regierung erleichtert in der Zwischenzeit der interalliierten Marinekontrollkommission in jeder Weise die Kontrolle über die industrielle Verwendung der Motoren dieses Typs. Die Konferenz ist bereit, anzunehmen, daß diejenigen Motoren, die am 31. März 1921 tatsächlich in der Industrie verwendet werden, keinen anderen als den im Art. 189 des Vertrages von Versailles festgesetzten Beschränkungen unterworfen sein sollen. Was die Motoren betrifft, die zu der angegebenen Zeit nicht unter den oben angegebenen Bedingungen verwendet werden, muß die Konferenz sich das Recht vorbehalten, dahin zu entscheiden, daß sie unter Art. 192 fallen.

Die Ablieferung der Milchfähe.

* Berlin, 13. Nov. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt und Chef des Gesundheitswesens in Preußen hat Stellung zu der Frage der Ablieferung von Milchfähen an Frankreich, Belgien usw. genommen und in einer Denkschrift an das preussische Staatsministerium erklärt, daß der durch die Kriegsentbehrungen auf Schwere geschädigte Gesundheitszustand der Bevölkerung, besonders der Mütter und Kinder, es nicht erlaube, der Ablieferung von Milchfähen naderzutreten, selbst wenn die Zahl der abzuliefernden Kühe weit hinter der von der Presse mitgeteilten Anzahl von 800 000 Stück zurückbleibe und sich die Ablieferung über mehrere Jahre erstrecken sollte. Zunächst weist die Denkschrift das Ansinnen zurück, von dem zusammengebrochenen und seit Jahren unterernährten deutschen Volke überhaupt die Ablieferung irgendwelcher Nahrungsmittel zu verlangen. Denn gerade Nahrungsmittel sind das, Milliarden von Mark selbst aus dem Ausland hereinholen müssen. Wenn Frankreich uns 800 000 Milchfähe abverlangen sollte, so würden uns dadurch mindestens 6 Millionen Liter Milch entzogen werden. Bei dem dann eintretenden Mangel an Milchanfuhr hätten die deutschen Mütter nicht mehr die Kraft, ihre Kinder zu stillen. Dies hätte naturgemäß die weitere Wirkung, daß die bisher schon schwierige Ernährung Hunderttausender von Säuglingen an der Mutterbrust in Zukunft nicht mehr oder nur in geringem Umfange möglich und dadurch Tod und Siechtum unzähliger Säuglinge herbeigeführt werden würde. — Die Gesundheitsabteilung des Ministeriums für Volkswohlfahrt hat neuerdings ihre Beobachtungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung für das Jahr 1919 abgeschlossen und es hat sich dabei herausgestellt, daß sich der Gesundheitszustand gegenüber den eigentlichen Kriegsjahren nicht nennenswert gebessert, sondern in gewissem Sinne verschlechtert hat. Durch die Unterernährung der Mütter nehmen die Kinder vermutlich bereits im Mutterleib Schaden. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand der stillenden Mütter ist weiter gesunken. Strophulose, Rhachitis, Blutarthrit und Tuberkulose haben unter den Kleinkindern noch zugenommen. Durchschnittliches Gewicht und Größe der Schulkinder bleiben erheblich gegen die Zeit vor dem Kriege zurück. In Barmen a. V. waren sämtliche zur Auszubildung aufs Land gemessenen und gewogenen Kinder zwischen dem 6. und 15. Lebensjahr unter der normalen Größe und dem normalen Gewicht. Sie waren hinsichtlich des Längenmaßes um 1-2 Jahre

zurückgeblieben. Bei den Schulkindern in Halle hat sich gegenüber 1914 im Jahre 1919 die Blutarthrit bei den Knaben etwa verdreifacht, bei den Mädchen etwa vervierfacht. Die Strophulose ist fast um 50 Prozent gestiegen. Bei den Erwachsenen liegen die Verhältnisse ähnlich. Seit Herbst 1917 treten in auffallendem Maße und auffälligen Formen krankhafte Veränderungen des Knochengestütes auf, die etwa unter dem Bilde der englischen Krankheit (Rhachitis) sowie der Knochenweichheit und Knochenbrüchigkeit der Erwachsenen verlaufen. Die Krankheit ergreift nicht bloß die Kinder, sondern auch Erwachsene bis ins Greisenalter hinein. Sie tritt in einer Schwere auf, die bisher in Deutschland nicht beobachtet worden ist. Verbiegungen und Verkrümmungen der Beine, der Wirbelsäule und der Brustknochen in schwerer Form sind häufig. Knochenbrüche ohne nachweisbare oder erkennliche Ursachen sind keine Seltenheit. Die Krankheit beschränkt sich fast ausschließlich auf die großen Städte und die Industriezentren, also auf die Ernährungsarmen Gebiete. Die Kurve der Tuberkulosesterbefälle ist seit 1913 erschreckend in die Höhe gegangen und zwar in ständiger Zunahme von 1905 im Jahre 1913 bis zu 2300 im Jahre 1918 auf 10 000 Lebende. Die Tuberkulosesterbefälle der Kinder im Alter bis zu 15 Jahren haben sich fast verdoppelt, diejenigen in den Altersklassen von 15-20 Jahren etwa verdreifacht. 1913 und 1914 stand die Tuberkulose unter den Todesursachen an fünfter Stelle, 1918 würde sie an die erste Stelle gerückt sein, wenn nicht die Grippe und die mit ihr in Zusammenhang stehende Lungenentzündung mehr Opfer gefordert hätte. Eine wie ausschlaggebende Rolle die Ernährung bei der Widerstandskraft gegen die Tuberkulose und bei der Heilung spielt, ist bekannt. Wenn den Tuberkulosekranken, namentlich den Kindern und Jugendlichen, die für ihre Ernährung so besonders wichtige Milch und Butter entzogen werden, läßt sich das weitere Umsichgreifen der Tuberkulose auf keine Weise wirksam bekämpfen. Diese Erkenntnis führt bedingungslos zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volk ganz unmöglich das von ihm verlangte Opfer zu bringen vermag, da es gleichbedeutend wäre mit dem Siechtum und dem vorzeitigen Tod Hunderttausender von Volksgenossen.

Italien.

* Rom, 12. Nov. Nach einer Stefani-Meldung begrüßen die Wälder die Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß des Vertrages von Santa-Margherita. Obgleich der Vertrag Italien nicht alles gewähre, was ihm vor Eintritt in den Krieg zugesichert worden war, ermöglichte er es doch, dem italienischen Volke, aus dem Zustande der Ungewißheit herauszukommen und in eine Epoche des Friedens einzutreten, deren das Land bedürfte. Nach der „Tribuna“ ist der Vertrag von Santa-Margherita eine bessere Lösung als alle früheren Auskunftsmitel. Der Verzicht auf Dalmatien sei freilich schmerzhaft für die italienischen Herzen. Die „Tribuna“ spricht den lebhaften Wunsch aus, das Zusammenwirken von Italienern und Südslaven möge die Grundlage einer einträchtigen Verbindung der beiden Länder bilden. Der „Corriere d'Italia“ bedauert ebenfalls den Verlust Dalmatiens und sagt, der Vertrag sei ein glänzender Beweis des demokratischen Geistes Italiens, das nie imperialistisch gewesen sei und es auch nie sein werde. Das „Giornale d'Italia“ schreibt, der Verzicht auf Dalmatien sei ein außerordentliches Opfer, das Italien dem Frieden von Europa brachte. Wie die „Tribuna“ erfährt, berührt der Vertrag Albanien und Montenegro in keiner Hinsicht. Das Blatt glaubt zu wissen, die diese Länder berührenden Fragen würden in Santa-Margherita nicht behandelt werden.

Wrangels Armee.

* Berlin, 12. Nov. Nach einer Londoner Meldung der „Humanität“ sind die roten Truppen in die Krim eingedrungen. Sie haben nach heftigen Kämpfen die Landenge von Perikop besetzt. Eine Division Wrangels hat sich ergeben. Die Stadt Swiatich ist genommen worden. Weiter wird schon gemeldet, daß Wrangels die Krimräume und Frankreichs Schiffe die Reste seiner Armee nach dem Kaukasus bringen würden. Nach einer Meldung des „Svenska Dagbladet“ aus Rowno berichtet dagegen ein Moskauer Radiotelegramm, daß Wrangels Armee vollständig umzingelt und von ihrer Basis auf der Krim abgeschnitten sei. Der Einbruch in die Krim ist danach gelungen. Der Erfolg der Roten Armee ist somit durchschlagend. Er bedeutet die Vernichtung Wrangels, die Liquidation der größten Gefahr, die Sowjet-Rußland nach der Zurückwerfung der polnischen Offensive bedrohte.

* Kopenhagen, 13. Nov. Wie der „Berlingske Tidende“ telegraphiert wird, gingen aus Riga zuverlässige Nachrichten ein, wonach die letzte Aufrührerbewegung in Moskau jetzt endgültig von der Sowjetregierung unterdrückt worden sei. Der Aufruhr umfaßte vier Regimenter und fast alle Arbeiter in den staatlichen Betrieben. Die Sowjetregierung ging in schärfster Weise gegen die Aufrührer vor. Sie gab dem Komitee für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit Befehl, eine große Anzahl von Mitgliedern der Revolutionären Untersuchungskommission zu kontrollieren, da diese Mitglieder beschuldigt sind, nicht energisch genug gegen die Aufrührer vorgegangen zu sein. In Moskau wurden 50 000 Mann besonders zuverlässiger Truppen zusammengezogen, um jede neue Aufrührerbewegung niederzuschlagen.

Vermischte Nachrichten.

Des Buß- und Bettages wegen erscheint die nächste Nummer am Freitag nachmittag.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** Zu Ehren und Anwesenheit des hochwürdigen Herrn Stadtpfarrers Rohl, anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums, brachte der hiesige Zweigverein des katholischen Frauenbundes am gestrigen Abend durch seine Mitglieder das Mystrium in 5 Bildern von Anna Frein von Krane „Miriam“ oder: „Die Sünderin“ zur Auf-führung. Es war eine Glangleistung von Dilettanten, wie wir sie hier am Plage nicht erwartet hatten. Der Saal des katholischen Gesellenhauses war von Zuschauern, die den Handlungen in dankbarer und aufmerksamer Weise folgten, überfüllt. Ueber den Verlauf der Veranstaltungen selbst, werden wir in einer der nächsten Nummern näher eingehen. Am Mittwoch Abend, pünktlich 7 Uhr, wird die Auf-führung wiederholt werden.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** (Volksunterhaltungs-abende in Rüdesheim.) Die unter Leitung von Gustav Jacoby stehenden Volksunterhaltungsabende, die in Wiesbaden geradezu sensationelle Erfolge er-zielen, werden nunmehr auch in Rüdesheim am Samstag, abends 7 Uhr, in der Turnhalle eingeführt. Die besten Vertreter des Humors und der Lustigkeit sind für diesen Abend gewonnen worden und zwar die beliebten Mitglieder des Staatstheaters zu Wies-baden: Martha Bommer und Bernhard Herrmann, der unübertreffliche Komiker, wie auch Gustav Jacoby, der ausgezeichnete Vortragskünstler. Den Flügel begleitet Werner Wemheuer und ist ein überaus lustiges Pro-gramm aufgestellt. Die nächsten Abende bringen ein Operetten-Abend, Opern-Abend, zwei heitere Abende und einen Richard Wagner-Abend. Ausführliche sind die allerersten Größen des Staatstheaters Wiesbaden und des Opernhauses Frankfurt a. M. Die Preise für die Veranstaltungen sind sehr gering und kosten für alle 6 Abende die übertragbaren Abonnements: 1. Platz Mk. 30.—, 2. Platz Mk. 21.—, 3. Platz Mk. 12.—. Die Einzelpreise sind 1. Platz Mk. 8.—, 2. Platz Mk. 5.—, 3. Platz Mk. 3.—. Vorver-kaufstellen sind: Buchhandlungen Reiß, Fischer u. Neg. Meier, Friseur Witterstein, Zigarrenhaus Nögler. Der Vorverkauf hat bereits lebhaft eingesetzt.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** Wir verweisen auf das heutige Inserat, wonach am Mittwoch (Buß- und Betttag) im Neuen Lichtspieltheater — Saalbau Röll — ein für Alt und Jung höchst interessanter Lichtbildervortrag mit künstlerisch ausgeführten foto-mierten Bildern stattfindet. In demselben werden u. a. diejenigen geheiligten Orte und Sehenswürdigkeiten unseres Herrn und Heilandes von seiner Geburt bis zu seinem Tode gezeigt: Für Erwachsene zur Erinnerung, für die Jugend zur Belehrung.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** (Turnerisches) Der geschäftsführende, sowie der technische Ausschuss des Turngaus Süd-Raffau tagten am Sonntag in Nieder-walluf. Ueberall zeigt sich reges turnerisches Leben; die neu gegründeten Turnvereine Ransel, Himmig-hofen, Berg, Hattershain, wurden in den Gau auf-genommen; auch die Sport-Abteilung des Licht- und Lustbadvereins in Wiesbaden trat dem Turngau bei. Zum nunmehr beginnenden, in Geisenheim abzuhal-tenden Lehrgang zur Ausbildung von Vorturnern und Vorturnerinnen haben sich 15 Turnvereine mit ca. 40 Teilnehmern und Teilnehmerinnen gemeldet. Der Lehrgang erstreckt sich über 12, jeweils Samstags abends und Sonntags stattfindende Übungsvor-führungen, verbunden mit Vorträgen, über Hygiene, anatomischen Körperbau sowie Geschichte des deut-schen Turnens; erster Übungsabend Samstag, den 4.

Dezember. Anmeldungen zur Teilnahme können noch erfolgen, in den heimischen Turnvereinen. Der Lehrgang wird abgeschlossen mit einer größeren tur-nerischen Vorführung. Am 30. Januar nächsten Jahres ist Gauturntag in Caub. Am 13. März findet eine Gauturn-Übung und zugleich das Schluß-turnen des Vorturner-Lehrganges in Geisenheim statt.

* **Rüdesheim, 12. Nov.** Der mit dem 15. Oktober 1920 errichtete Kreisarbeitsnachweis hat seine volle Tätigkeit bis jetzt noch nicht aufnehmen können. Der Grund liegt darin, daß die vom Lan-desamt für Arbeitsnachweise in Frankfurt a. M. erstrebte Anordnung, daß sämtliche Arbeitgeber die reien Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden haben, zur Zeit dem Herrn Oberpräsidenten zu Cassel zur Prüfung noch vorliegt. Nach Genehmigung der-selben wird sofortige Bekanntgabe und Aufnahme des vollen Betriebes erfolgen.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** (Die Zahlung des Reichsnoteopfers) Es ist gemeldet worden, daß das Reichsfinanzministerium die Frist für die Zulassung von Krieganleihen bei der Zahlung des Reichsnote-opfers über den 31. Dezember d. Js. hinaus ver-längern wolle. Nach amtlicher Feststellung findet eine Verschiebung des Endtermins unter keinen Umstän-den statt.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** (Neue 1-Mark Scheine.) In den nächsten Tagen kommt ein neuer Darlehnsscheine im Wert von 1 Mk. in den Verkehr. Der neue Schein unterscheidet sich vom alten durch die Größe und durch die Farbe. Er ist einige Milli-meter kürzer als der jetzt im Kurs befindliche, hat aber die gleiche Höhe. Die Grundfarbe der Vorder-seite ist ein gelbliches Grün. Das Mittelstück zeigt die Wertangabe 1 Mk. Darüber in gerader Schrift „Darlehnsklassenschein eine Mark“ und ganz oben im Feld in roten Ziffern die Kontrollnummer. Von gleicher Farbe ist links der Stempel der Reichsschulden-verwaltung mit dem neuen deutschen Adler (ohne Krone) und rechts der gleiche Stempel in farbiger Prägung. Die Rückseite ist bläulich-grün und zeigt wieder im Mittelstück eine 1, rechts und links in den Ecken die Bezeichnung „Eine Mark“ und noch einmal in schwarzen Feldern der Zeichnung der Wertangabe. In der Stärke des Papiers unterscheidet sich der neue Schein wenig von dem alten.

* **Rüdesheim, 15. Nov.** (Zur Kaffee-Einfuhr.) Am 4. November tagte in der Handelskammer zu Köln der Verein deutscher Kaffeegroßhändler und -röster in außerordentlicher Hauptversammlung, um zu dem gegenwärtigen Stand und der zukünftigen Gestaltung der Kaffee-Einfuhr Stellung zu nehmen. Die Versammlung, die von Vertretern des Kaffeegroß-handels aus allen Teilen Deutschlands außerordent-lich stark besucht war, sieht nach wie vor in der völligen Freigabe der Kaffee-Einfuhr das einzige wirkliche Gegenmittel gegen Schmuggel, Schleich-handel und Preiswucher. Um aber die derzeitigen für den deutschen Kaffeehandel katastrophalen Zustände schon jetzt zu bessern und die deutsche Volkswirtschaft vor noch größeren Schäden zu bewahren, fordert der Verein als Uebergangsmaßnahme bis zur völligen Beseitigung der staatlichen Regelung der Kaffeewirt-schaft die sofortige Freigabe von 300 000 Säcken Kaffee, welche bereits vor dem 1. November 1920 gekauft und größtenteils bezahlt sind, und sich ent-weder schon in europäischen Häfen befinden oder noch schwimmen. Ferner fordert der Verein eine tägliche Freigabe von mindestens 3000 Sack Kaffee auf Grund des billigsten Angebots oder Vorkaufs. Damit jedoch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung an alle Volksklassen erreicht wird, muß jedwede Bevorzugung einzelner Interessenten und Verbrauchergruppen aus-geschlossen bleiben.

Offenbach, 12. Nov. Nach dem heutigen Poli-zeibericht ist es der Kriminalpolizei am Dienstag ge-lungen, den 44 Jahre alten, Ludwigstraße 125 woh-nenden, Mechaniker Max Schubert in seiner Herrn-strasse 1 gelegenen Werkstätte bei der Herstellung von 50 Mark-Banknoten zu überraschen, die er hinter verschlossenen Türen und Fensterläden schon seit Wochen anfertigte. Altschees, Werkzeuge und Material wurden beschlagnahmt und der Falschmünzer festge-nommen. Es handelt sich um die grünen Fünftig-markscheine vom 24. Juli 1920, die ausgezeichnet nachgemacht und schwer von den echten zu unter-scheiden sind.

Bonn, 11. Nov. Die englisch-amerikanische Ge-sellschaft der Freunde (Quäker) hat für jeden der etwa 1000 Studenten, die die studentische Speisean-stalt in der Universität benutzen, einem täglichen Zu-schuß von einer Mark in Form von hochwertigen Nahrungsmitteln (Fett, Speck, Fleisch, Mehl, Milch usw.) vorläufig bis 31. März 1921 bewilligt.

Türkismühle, 12. Nov. Auf der hiesigen Station wurde in einem Personenzuge ein Silber-schieber festgenommen. Er trug etwa einen halben Zentner Silber bei sich, das beschlagnahmt wurde.

Karlsruhe, 11. Nov. In Gegenwart einer großen Anzahl geladener Gäste wurde heute vor-mittag der Luftverkehr Frankfurt-Lörrach eröffnet, der eine Zwischenlandung in Karlsruhe vorsieht. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Badischen Luftver-kehrsgesellschaft Dr. Kibelt-Freiburg hob in einer Ansprache den völkerverbindenden Einfluß des Unter-nnehmens hervor, während Oberbürgermeister Dr. Winter das Interesse der Stadt an der neuen Verkehrsein-richtung betonte.

Berlin, 12. Nov. Die deutsche Luftreederei gibt bekannt, daß, vielfachen Wünschen reinisch-west-fälischer Industriekreise entsprechend, ein täglicher Luftpostverkehr von Berlin nach Essen eingerichtet werden soll. Mit günstigem Anschluß an die haupt-sächlichsten Ortschaften des Industriebezirks soll der Verkehr am 15. November von Berlin und am 16. November von Essen eröffnet werden. Nähere Aus-kunft erteilt die Hamburg-Amerika-Lini.

Glockenmetall

* **München, 10. Nov.** Dr. Heim hat folgende Anfrage an die deutsche Reichsregierung gerichtet: Während des Krieges wurden besonders die Land-gemeinden schwer durch die Ablieferungsverpflicht ihrer Glocken betroffen. Zur Herstellung von Bronzeglocken kann Artilleriebronze in Form von Kanonen, Büchsen, Raben usw. verwendet werden. Bei der Zerstörung des Kriegsmaterials fällt sehr viel Bronze an. Wie aus Mitteilungen verschiede-ner Interessenten hervorgeht, war es bisher nicht möglich, von diesem bei Zerstörung des Kriegs-materials anfallenden Metalle etwas zu erhalten. Ich erlaube mir die Anfrage, deren schriftliche Be-antwortung mir genügt: 1. welche Regelung hier getroffen ist, 2. wer das Bronzematerial erhält, 3. zu welchen Bedingungen, 4. wo eventuell das Material, das zur Wiederherstellung der Kirchen-glocken dienen kann, zu erhalten ist.

Die nächste

Mutterberatungsstunde

findet am **Dienstag, den 16. ds. Mts., um 3 Uhr nachm.,** in der Volksschule, Zimmer 6, statt.

Stempel, in jeder Aus-führung und Größe werden preiswert und ... schnellstens geliefert von ...
U. Meier :: Rüdesheim

Todes-Anzeige.

Heute mittag 1 1/2 Uhr starb nach kurzem schweren Leiden meine liebe, gute Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Trenz

geb. Knies

im Alter von 69 Jahren,

In tiefer Trauer

namens der Hinterbliebenen:

Johannes Trenz.

Rüdesheim, den 15. November 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. November, nachmittags 4 Uhr statt.

Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdesheim und Umgegend:

Schneidermeister Schön, Rüdesheim, Neustrasse 12.

Für Assmannshausen:

Schneidermeister Reutershan, Assmannshausen, Göltenbachstr. 1.

Steuerzahlung.

Die Zahlung der 3. Rate der Reichseinkommensteuer (fällig in der Zeit vom 1. bis 15. November d. J.) ist von den zu einer vorläufigen Jahressteuer veranlagten Steuerpflichtigen, soweit keine Stundung vorliegt, bis **spätestens zum 18. November** bei der Stadtkasse (Finanzhilfskasse) zu entrichten. Nach diesem Zeitpunkte wird wegen der Rückstände sofort das Beitreibungsverfahren — Pfändung — eingeleitet werden. Eine schriftliche Einzelmahnung findet nicht mehr statt und gilt diese Bekanntmachung mit Genehmigung des Herrn Finanzministers und laut Beschluss des Magistrats vom 1. März 1918 als solche. Für alle nach dem 18. November eingehenden Rückstände sind daher die durch Verordnung vom 15. November 1899 festgesetzten Gebühren zu entrichten.

Rüdesheim, den 15. November 1920.

Der Magistrat als Vollstreckungsbehörde:
Neumann.

Volksunterhaltungs-Abende in Rüdesheim □ Turnhalle

Leitung: **Gustav Jakoby.**

Abonnements-Einladung für 6 Abende.

I. Abend. Samstag, den 20. November 1920, abends 7 Uhr:
Lustiger Abend.

II. Abend. Donnerstag, den 16. Dezember 1920, abends 7 Uhr:
Opern-Abend.

III. Abend. Januar 1921:
Operetten-Abend.

IV. Abend. Februar 1921:
Richard Wagner-Abend.

V. Abend. März 1921:
Bunter Abend.

VI. Abend. April 1921:
Heiterer Abend.

Unter Mitwirkung
erster Kräfte
des Staatstheaters zu
Wiesbaden.

Die Damen:
Marianne Alfermann
Martha Bommer
Adèle Krämer
Therese Müller-Reichel
Hanna Müller-Rudolph
Lilli Haas
Lissi Maudrick
Thila Hummel
Die Herren:
Bernhard Herrmann
Alexander Kipnis
Arthur Rother
Max Andriano
Heinrich Schorn
Ludwig Hoffmann
Gustav Jacoby
Werner Wemheuer
Gustav Rothe
u. a.

Abonnementskarten für alle 6 Abende: Mk. 30.— Mk. 21.— Mk. 12.—
Einzelkarten für einen Abend gültig: Mk. 3.— Mk. 5.— Mk. 3.—
Die Abonnementslisten zum Einzeichnen liegen auf: Buchhandlungen Keil, Fischer & Metz, Meier, Zigarrenhandlung Nögler und Friseur Witterstein.

Achtung!

Am Donnerstag, Freitag und Samstag,
von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr,
sowie Sonntag, vormittags v. 10—1 Uhr
kommen im

Saalbau Hennemann in Winkel
große Posten Schuhwaren

für Männer, Frauen und Kinder zu den
denkbar billigsten Preisen zum Verkauf.

Gewerkschafts-Hatell Wiesbaden
und Umgebung.

Nau & Bollenbach

Bingen am Rhein
Rathausstraße 15 Fernsprecher 506
empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Rapseln,
Kork- und Rapselmaschinen, Faßtalg,
Faßkitt, Haufenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,
Faßbleche, Faß- und Flaschenbürsten,
Filtermaterial etc.

Marien-Kalender

für das Jahr 1921 eingetroffen.
Preis 3.50 Mt.

A. Meier's Buchdruckerei Rüdesheim a. Rh.



KELLEREI- U. WEINBAUARTIKEL

KELLEREIMASCHINEN



JULIUS HINCKEL SÖHNE
BAD KREUZNACH
MANNHEIMERSTRASSE Nr. 63
TELEPHON 803.

Ein
Ziegenlamm
zu verkaufen. Wo, sagt
die Exped. d. Bl.

Ein
Silfragen
verloren auf dem Wege
nach der Rheinstraße durch
die Niederstraße. Gegen
Belohnung abzugeben.
Rheinstraße 28.

Spielkarten
A. Meier

Statt Zwangs-
Einquartierung
suche für sofort
ein Zimmer und Küche
gegen gute Miete; kann
auch Mansardenwohnung
sein. Angebote an
Willi Magnus,
Rüdesheim a. Rh.,
Kellerstraße 10.

Ein gut erhaltenes
Fahrrad
zu verkaufen.
Jean Scheffler,
Jakobstraße 6.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und
für die grossen Kranz- und Blumenspenden bei dem
herben Verlust unserer teuren Entschlafenen sagen wir
auf diesem Wege unseren allerherzlichsten Dank. Ganz
besonderen Dank Herrn Pfarrer Wüst für seine lieben,
trostreichen Worte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Peter Josef Rückert.

Rüdesheim, Rastatt, Idstein, den 15. November 1920.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre **Dr. Magerl** und **Dr. Geibel** sowie
der Pflanz nsachverständige **Dr. Gehrmann** geben in dem soeben in dritter
neubearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die
notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor
grossen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der
Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit **130 Ab-**
bildungen und **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh
und dem Schwein ausgestattet und **360 Seiten** stark. Die

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch
an unsere Leser für nur 21.60 Mark
abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es hat schon manchem Viehbefitzer hunderte von Mark an Schaden erspart
und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk
für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „**Rheingauer**
Vote“ (A. Meier's Buchdruckerei).

Mittwoch, den 17. November, findet im
Neuer Lichtspieltheater (Saalbau Rölz) ein

Lichtbilder-Vortrag

statt.

I.
„Die Reise durch Palästina“
II.

„Der Ausbruch des Aetna“
Beginn für Kinder von 3—7 Uhr nachmittags
Eintritt 50 Pfg.

Beginn für Erwachsene von 8 Uhr abends
Eintritt Mt. 1.— und 1.50.

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direktion.

Zahle bis auf weiteres bedeutend
hohe Preise für
alle Almetalle,
ebenfalls für Knochen, gestrichelte Wolle,
Papier, Lumpen von 70 Pfg. aufwärts.

Mein bekanntes

Fussbodenöl

bauernd zu haben

Willi Magnus, Althändler
Rüdesheim a. Rh., Kellerstraße 10.

Eine schwere Fahrkuh

in 5 Wochen kalbend, zu verkaufen bei

Anton Christ IV.
Preßberg, Post Lorch a. Rh.

Krepp-Papier empfiehlt
A. Meier